



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21634 - 83  
Fernschreiber 0885690

E/XIII/58 - 11. März 1958

zur veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Will Strauss provozieren? Die Alleingänge des Bundesverteidigungsministers	66
3 - 4	Sperrfeuer um Manila Moskau verstärkt seine Asienpolitik	88
5 - 6	Kein Geld für den Geist Wissenschaftsförderung bleibt Stiefkind in der Bundesrepublik	73
7	Atom bunker nur für Adenauer? "Dreijahresprogramm" zum Schutz der Zivilbevölkerung geriet ins Rutschen	46

\* \* \* \* \*

11. März 1958

Will Strauss provozieren?

G.M. Schon als Bundesverteidigungsminister Strauss vor Monaten einen Ausflug nach Nordafrika unternahm, um dort militärische Anlagen zu besichtigen, tauchte in Bonn die Frage auf, ob beabsichtigt sei, Einheiten der Bundeswehr zur Ausbildung mit Raketerwaffen in die Wüste zu schicken. Daß hiermit im Zusammenhang auch die Absicht einiger Männer der nächsten Umgebung Strauss' erörtert wurde, Bundeswehreinheiten auf ihre Manövrierfähigkeit mit atomaren Sprengsätzen vorzubereiten, war seinerzeit ein offenes Geheimnis.

Der Afrikaausflug des Herrn Strauss wurde in der deutschen Öffentlichkeit lediglich registriert, ohne daß man ihm bestimmte politische oder militärische Bedeutung beigemessen hätte.

Dann aber folgte die Nato-Konferenz kurz vor Weihnachten in Paris. Hier ging es bekanntlich u. a. um die Frage, ob die Truppen aller Nato-Mitgliedstaaten mit atomaren Waffen ausgerüstet werden sollen oder nicht. Noch während der Konferenz veröffentlichte eine namhafte westdeutsche Zeitung einen Artikel, in dem es hieß, Generale der deutschen Bundeswehr hätten aus strategischen und Sicherheitsgründen die atomare Bewaffnung abgelehnt. Sofort conterte Strauss, ihm seien keine deutschen Generale bekannt, die etwas derartiges gesagt hätten.

Optimisten meinten damals, Strauss habe nur "richtigstellen" wollen oder habe durch seine Richtigstellung nicht die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen befürwortet. Pessimisten waren gegenteiliger Meinung.

Sie wurden in ihrer Auffassung bestärkt, als Strauss mitten in die Diskussion über den Rapacki-Plan (Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und langsamer Rückzug der ausländischen Truppen aus der Bundesrepublik und der sogenannten DDR, der Tschechoslowakei und Polen) mit einem illusionären Gegenplan hereinplatzte, der die Ausdehnung der atomwaffenfreien Zone über den ganzen Balkan bis nach Albanien vorsah, ohne die Beneluxstaaten, Frankreich und Italien mit einzubeziehen. Bei dieser Gelegenheit tauchte zum ersten Male der Verdacht auf, Strauss wolle provozieren; also Vorschläge in die Welt setzen, nur zu dem Zweck, um erfolgversprechende Verhandlungen über andere Vorschläge illusorisch zu machen.

Dieser Verdacht wurde noch bestärkt durch die in den USA erfolgten:

Äußerungen des Bundesverteidigungsministers über die mögliche Beschaffung von Matador-Flugkörpern, jenen Raketenwaffen, die eine Reichweite von etwa 1000 km haben und nach militärischen Gutachten nur dann "wirkungsvoll" sind, wenn sie mit Atomsprengköpfen versehen werden. Strauss hat zwar seine ursprünglichen in den USA zu diesem Thema gemachten Äußerungen revidiert. Er hat erklärt, - und auch in Bonn durch einen Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums erklären lassen - die endgültige Übernahme von "Matador" durch die Bundeswehr könne nur nach ausdrücklicher Zustimmung der Regierung und des Parlaments erfolgen.

Nun hat man inzwischen erfahren, daß Strauss seine Erklärungen zum Rapacki-Plan mit den entsprechenden "Gegenvorschlägen" und über die mögliche Anschaffung von "Matador" für die Bundeswehr ohne Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern der Bundesregierung abgegeben hat. Er hat also isoliert gehandelt und bei weitem die Kompetenzen überschritten, die ihm im Rahmen seiner Tätigkeit als Verteidigungsminister gegeben sind.

Niemand wird behaupten wollen, Strauss sei sich nicht über die Bedeutung seiner Reisen, Reden und Vorschläge im Klaren. Er war sich bestimmt darüber klar, welche Bedeutung man seiner Reise nach Nordafrika zumessen mußte, und er hat gewußt, daß seine Gegenvorschläge zum Rapacki-Plan und die Andeutung des möglichen Ankaufs von "Matador" für die Bundeswehr geradezu Sprengstoff bei den vorsichtigen Verhandlungen zwischen Ost und West zur Vorbereitung einer Gipfelkonferenz sind.

Umso mehr ist die Frage erlaubt, welche Absicht Strauss besonders mit seinen letzten Interventionen verfolgte. Wollte er die Forderung des Oberbefehlshabers der Nato-Streitkräfte, Generalvorstad, nach Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen unterstützen? Wollte er mit seinem Gegenvorschlag zum Rapacki-Plan das "Nein" Warschaus und Moskaus provozieren? Er wußte doch ganz genau, daß besonders die jetzige französische Regierung die Erweiterung eines atomwaffenfreien Raums auf Frankreich mit aller Entschiedenheit ablehnt.

Herr Strauss ist nicht naiv; auch nicht "unpolitisch" wie etwa ein Mann, der ahnungslos in der Weltgeschichte herumtappt. Was will er also mit seinen Alleingängen?

+ + +

### Sperrfeuer um Manila

H.E.D.- Knappe 60 Stunden vor Beginn der Konferenz der SEATO-Staaten in der philippinischen Hauptstadt Manila hat die Sowjet-Union erneut den Beweis angetreten, dass ihr Engagement im asiatischen Raum trotz der wachsenden Bedeutung der Volksrepublik China eher zu, als abgenommen hat. In einer von Moskau veröffentlichten Note wird den Mitgliedern der fernöstlichen NATO der Abschluss eines Nicht-Angriffspaktes unter gleichzeitiger Aufforderung angeboten, jeder möglichen Stationierung von Atomwaffen sowie der von den USA "betriebenen Einmischung" in die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Indonesien zu entsagen.

Wohl kein Schriftstück, das bislang die Schreibtische des sowjetischen Aussenamtes verliess, vermochte klarer und eindrucksvoller zu zeigen, wie sehr der Krenl die Entwicklung in Asien beobachtet und mit welcher diplomatischen Einsätzen er auf sie ein politisches und psychologisches Erfolg hinarbeitet. Schon die Tagung der Bagdad-Staaten in Ankara hatte eine ähnliche, wenn auch nicht so gezielte Attacke auf sich zu ziehen vermocht. Dabei dürfte es Moskau klar sein, dass Stil und Ton der Noten in keinem Zusammenhang zur realen Macht der Adressaten stehen. Mit Ausnahme Grossbritanniens und den USA handelt es sich in beiden Fällen um Staaten, deren inneres und äusseres Potential eine machtvolle Demonstration von sich aus nicht gestattet, da sie, gemessen an der Sowjet-Union oder China, machtpolitisch unbedeutend sind. Die Absicht des Krenl, der SEATO-Tagung eine derartige Begeleitmusik zu widmen, muss demnach mehr in sich bergen als nur die Aussicht, durch ein Krüppelmanöver den Akkord zwischen Washington, Karachi oder Bangkok zu stören.

Man darf nicht vergessen, dass die Sowjet-Union es bislang meisterhaft verstanden hat, durch direkte Adressierung auch kleine, ihr nicht freundlich gesinnte Länder in jenen Stand protokollarischer Gleichwertigkeit zu versetzen, von dem aus psychologische Beeinflussungen leichter möglich sind. Darüber hinaus ist es kein Geheimnis, dass weite Schichten der Bevölkerung in Thailand, Pakistan und auf den Philippinen den oft allzu pro-amerikanischen Kurs ihrer Regierungen ablehnen. Die inneren Schwierigkeiten, denen sich die verantwortlichen Leiter dieser Länder gegenübersehen, sind grösser als man es gemeinhin in den USA oder Europa anzunehmen pflegt. Der häufige Wechsel der Kabinette und der Kampf der verschiedenen Gruppen und Klans um die Macht mehren die latente soziale Unrast der Bevölkerung und verstärken die Anfälligkeit gegenüber Ideen aus Moskau und Peking.

Mit viel Geschick und einem fast unsowjetisch anmutenden Gefühl für die Psyche der fernöstlichen Massen hat der Krenl mit der Warnung vor den Atomwaffen die Erinnerung an Hiroshima und Nagasaki wachgerufen und damit die Wiederholung einer solchen Situation als mögliche Drohung dargestellt.

Das Angebot eines Nicht-Angriffspaktes wäre zu plump, wollte man es einzig und allein als eine anti-amerikanische "Muster ohne Wert"

Diplomatie betrachten. Auch in Moskau weiss man ziemlich genau, dass das kommunistische Bruderreich China sich bei einigen südostasiatischen Ländern nicht jener Sympathie erfreut, um die Tschu-en Lai seit Bandung wirbt. Die oft arrogant auftretenden chinesischen Minderheiten, deren Kapitaleinfluss auf die einheimischen Wirtschaften sehr gebietend ist, rangieren in der Ressentiment-Skala häufig neben, wenn nicht vor den ehemaligen weissen Kolonialherren - man denke hierbei an Malaya. Sogar indonesische oder javanische Kommunisten sind von diesen Gefühlen nicht frei. Was wäre also im Sinne des Kreml angetraachtet als in verklausulierter Form solchen Ländern eine direkte Kontaktstelle mit Moskau, als eine Art Rückversicherungsvertrag gegenüber China anzubieten?

Im State-Department weiss man sehr wohl, dass derartige Angstgefühle vor Peking in vielen Fällen das einzige Motiv einer pro-amerikanischen Politik sind. Nun hat Moskau sehr weise jene wunde Stelle herausgefunden. Auch die Sowjet-Union kann sich ausrechnen, dass eine Veränderung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen sehr gut einen "renouveau" in Fernost einleiten könnten. Legt man alle diese Gesichtspunkte der sowjetischen Manila-Note zugrunde, so gewinnt nicht nur die an andere Bedeutung, auch die Konferenz selbst verschiebt sich in ihren Gewichten.

Der Moskauer Schritt passt aber auch in eine Reihe von Aktionen, die seit langem die westlichen Strategen beunruhigen. Die Sowjets versuchen, durch direkte psychologische Massnahmen das Ohr der Völker zu erreichen. So baut der Kreml bewusst unter anderen seinen islamischen Bevölkerungsteil in das Netz der Auslandspropaganda ein. "Rote" Muftis bereisen ganz Asien. Wie aus unterrichteten Kreisen in Djakarta verlautet, hat innerhalb der letzten Jahre fast die gesamte Kaderführung der islamischen Untergrund-Organisation "Dar ul Islam" gewechselt. "Rote" Propheten haben wichtige Stellungen eingenommen. Kein Wunder also, wenn Moskau ausdrücklich auf Indonesien Bezug nimmt.

Die letzten Ereignisse auf dem Archipel haben eine Entwicklung sichtbar werden lassen, die nicht ganz frei von Gefahren ist. Aus diesem Grunde wäre es verständlich, würde man auch in Manila davon sprechen, Und es hat nicht den Anschein, als wäre dieses Thema ausgeklammert.

Washington hat sich bis zur Stunde sehr zurückhaltend gezeigt. Es hat keine Stellung eingenommen, die man als anti-Sukarno auslegen könnte. Es scheint Moskau verständlicherweise sehr daran gelegen zu sein, die Konferenz von Manila zu einer unüberlegten Handlung zu verleiten. Denn von der Bewertung "Intervention" bis zur Anklage "Imperialismus" ist nur ein kleiner Schritt. Manila liegt im Sperrfeuer.

+ + +

Kein Geld für den Geist

K.J.- Das ist alles richtig, was die bundesdeutschen Zeitungen schreiben: Die Wissenschaft in der Sowjetzone ist durch und durch politisiert, es gibt keine unabhängige Wahrheitsforschung. Oppositionelle Studenten werden exmatrikuliert, in die Flucht getrieben, verhaftet. Dass sich im Vorjahr nur ein Drittel aller Zonenstudenten zum befohlenen "freiwilligen Einsatz in der sozialistischen Produktion" meldete und somit Zweidrittel ihren Widerwillen gegenüber dem kommunistischen Regime ausdrückten - alles das ist wahr und richtig. Und doch ist es nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist alarmierend für uns, für den freien Westen.

Schulen, Universitäten, Wissenschaft und Forschung werden in der Zone materiell um ein Vielfaches mehr gefördert als bei uns. Was soll man dem Moskauer Staatssekretär Gornus entgegenhalten, wenn der jetzt beispielsweise auf der abgeschlossenen Hochschulkonferenz der Zone sachlich feststellte, dass in der "DDR" 90 % aller Studenten Stipendien erhalten, dass dafür drüben 156 Millionen ausgegeben werden und bei uns - trotz "Wirtschaftswunder" und dreimal so starker Bevölkerung - nur 30 Millionen?

Die Situation an unseren Hochschulen ist einfach erschütternd. Die Hörsäle sind mangels Neubauten zum Brechen überfüllt, die Studenten hocken auf den Treppenstufen; manchmal gibt es nicht mehr genug Stehplätze - obwohl wir in der Bundesrepublik, auf die pro-Kopf-Zahl der Bevölkerung gerechnet, nur halb so viele Studenten haben wie die Zone. An der westberliner Freien Universität fehlen über hundert Dozenten. Im Durchschnitt kommt bei uns eine einzige Lehrkraft auf 280 Studenten. Vielfach wird behauptet, der Grund für den Mangel an Professoren sei bei uns in der mangelhaften Bezahlung zu suchen. Richtig ist, dass die Professoren in der Zone im Durchschnitt wesentlich besser bezahlt werden als in der Bundesrepublik.

Das Voll-Stipendium eines mitteldeutschen Studenten beträgt 230 bis 300 Ostmark. Damit lässt es sich schon leben, wenn auch Textilien, Schuhe usw. sehr viel teurer sind als bei uns. Dafür bezahlt er, lebt er nicht im Internat, geringere Miete als sein westdeutscher Kollege. Studentenbuden, für die in der Bundesrepublik in "freier Vereinbarung" 50 bis 70 DM bezahlt werden, sind drüben billiger. Um Lehrmittel muss sich der Zonenstudent auch keine grossen Sorgen machen: Die bezahlt weitestgehend der Staat. Und bei uns? Nur 14 % der Studenten empfangen ein Stipendium. Die Statistik nennt diese Zahl: 12 % aller in der Bundesrepublik Studierenden haben im Monat sage und schreibe nicht mehr als 50 DM zum Leben.

Wir singen kein Hohes Lied auf die kommunistische Wissenschaftsförderung. Dazu sind die Opfer an Freiheit und Individualität zu hoch, die drüben Lehrer und Lernender bringen müssen, und es wird jetzt nach der Pankower Hochschulkonferenz in dieser Beziehung noch schlechter werden. Wenn trotz der grosszügigen Mittelbereitstellung pausenlos Wissenschaftler, Dozenten und Studenten aus der Zone flüchten, so beweist das zwar auf überzeugende Weise, wie unerträglich der moralisch-politische Druck auf die Menschen drüben ist. Aber darf das den Verantwortlichen bei uns Anlass zur Selbstzufriedenheit, zur Selbstgefälligkeit sein? Entschuldigt die Geistesfreiheit der Wissenschaft ihre materielle Unfreiheit, Versäumnisse in der notwendigen Wissenschaftsförderung?

Immer wieder wird auf die sozialdemokratischen Vorstellungen nach mehr Geld für Schulen, Universitäten, Wissenschaft und Forschung von Regierungsseite geantwortet: Das alles könne nur von Staaten gehandhabt werden, die "andere als kulturelle Zwecke verfolgten". Das ist eine faule Ausrede, das ist einfach falsch. In England beispielsweise erhalten 70 % der Studenten ein Stipendium. 500 Millionen müssten bei uns für Stipendien ausgegeben werden, weitere 500 Millionen für den Bau von Ausbildungsstätten, noch einmal 500 Millionen für die Forschung - aber 72 Millionen sind für alle drei Säulen der Wissenschaft nur im Bundesetat bereitgestellt. Auf tausend amerikanische Fachleute kommt ein einziger deutscher; 45 000 Ingenieure fehlen uns...

Wesentlich finanziert werden in anderen westlichen Staaten Wissenschaft und Forschung durch Stiftungen von Industrie und Wirtschaft. Auch in dieser Beziehung ist es traurig bei uns bestellt: Die da Millionen- und Abermillionen machen, wollen nichts hergeben. Die Zahl der bedeutenderen Stiftungen kann man an den Fingern einer Hand abzählen.

Die Zukunft hat in der Bundesrepublik noch nicht begonnen; sie hinkt hoffnungslos hinter der Entwicklung in anderen Staaten her. Und das Peinlichste: In den angewandten Wissenschaften hat uns selbst Pankow längst überflügelt. Wird das nicht bald anders, dann muss uns wenigstens in dieser Beziehung vor der Wiedervereinigung Angst und Bange werden. Was sagen denn die aus der Zone geflüchteten Dozenten, Wissenschaftler und Studenten? "Es ging uns drüben um vieles besser. Wäre der unerträgliche politische Druck nicht gewesen, wir sässen jetzt nicht hier".

So ist die Situation. Es ist höchste Zeit, die Konsequenzen zu ziehen.

Atombunker nur für Adenauer?

FB. Das Bundesfinanzministerium hat in diesen Tagen der Presse einen "Waschzettel" übergeben, in dem die wichtigsten Posten des Haushalts 1958 enthalten sind. Man findet darin viele Angaben, u. a. auch, dass die Verteidigungsausgaben für das Rechnungsjahr 1958 rund 10,7 Milliarden DM erreichen werden. Die Summe, die für den zivilen Schutz der Bevölkerung veranschlagt ist, konnte man erst nach Befragen erfahren. Kein Wunder, dass man sich gescheut hat, sie von vornherein in die Presseverlautbarung hineinzuschreiben, denn diese Ausgaben betragen nur 180 Millionen DM. Auch im Haushaltsjahr 1958 wird also der zivile Schutz der Bevölkerung gegenüber den Rüstungsausgaben sträflich vernachlässigt.

Dieser Tatbestand ist bereits seit vier Jahren zu verzeichnen.

1955 hat die Bundesregierung durch Kabinettsbeschluss ein sogenanntes Dreijahresprogramm für den zivilen Schutz der Bevölkerung verkündet, das mit 1,2 Milliarden DM bilanzierte. Dieses Dreijahresprogramm wäre im Haushaltsjahr 1957 abgelaufen. Tatsächlich aber wurden nur zur Verfügung gestellt:

1955	=	82 Millionen DM	
1956	=	88 Millionen DM	
1957	=	<u>100 Millionen DM</u>	= zus. 270 Millionen DM.

Nachdem das Dreijahresprogramm abgelaufen war, ist also zu verzeichnen gewesen, dass es zu 930 Millionen DM nicht erfüllt worden ist. Selbst wenn man den Etat-Ansatz von 1958 in Höhe von 180 Millionen DM hinzuzählt, dann bleibt noch ein Fehlbetrag von 750 Millionen DM.

Diese Feststellungen beinhalten/praktisch einen Skandal und zeigen wie wenig der Bundesregierung am Schutz der Zivilbevölkerung liegt. Aber merkwürdig, während die Ausgaben zum Schutz der Zivilbevölkerung - gemessen an der Bevölkerungszahl der Bundesrepublik - nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein sind, hat man im Haushaltsplan 1958 einen ziemlich hohen Millionenbetrag eingesetzt, mit dem atomsichere Schutzräume für den Bundeskanzler und die Bundesregierung errichtet werden sollen.

Früher hat einmal der Satz gegolten: "Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt." Diese Zeiten sind lange vorbei. Jetzt denkt die Regierung an sich selbst zuerst, während sie die 50 Millionen-Bevölkerung erneut mit nur 180 Millionen DM abspesen will. Und dann erklärt wieder diese Regierung im gleichen Atemzuge, dass nur mit ihrer Politik diese Bevölkerung in Sicherheit und Freiheit leben könne. Wie wenig sie an die Bevölkerung denkt, beweisen erneut die Etat-Ansätze für den zivilen Bevölkerungsschutz.

Die Regierung wird aber nicht um die Beantwortung der Frage herumkommen, warum sie erst Dreijahresprogramme aufstellt und sie dann nicht erfüllt. Man soll sich hier nicht mit dem Geldmangel herausreden, denn wenn man 10,7 Milliarden DM für die Aufrüstung aufbringen kann, dann müsste auch ein angemessener Geldansatz zum Schutz der Zivilbevölkerung aufzutreiben sein. Was Adenauer recht, sollte auch dem letzten Bundesbürger billig sein.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel